

PRESSEMITTEILUNG

Breite Allianz fordert Prävention als politisches Leitprinzip – Jetzt handeln!

Berlin, 09.02.2026 – Eine breite Partner-Allianz aus Medizin, Wissenschaft und Gesellschaft hat heute ein gemeinsames Forderungspapier zur Stärkung der Prävention und Public Health in Deutschland veröffentlicht. Die Kernbotschaft: Prävention darf keine freiwillige Aufgabe bleiben, sondern muss als staatliche Pflicht und tragende Säule der Gesundheitspolitik verankert werden.

Hohe Ausgaben, schwache Ergebnisse

Trotz der höchsten Pro-Kopf-Ausgaben in der EU für das Gesundheitssystem liegt Deutschland bei der Lebenserwartung auf einem unterdurchschnittlichen Platz. Besonders alarmierend ist, dass jüngere Kohorten – insbesondere nach 1975 Geborene – mehr gesundheitliche Beeinträchtigungen aufweisen als die Generation davor. Deutschland verwaltet Krankheit – statt Gesundheit zu ermöglichen. Vermeidbare Risikofaktoren wie Rauchen, ungesunde Ernährung, Alkoholkonsum und Bewegungsmangel verursachen einen Großteil der Krankheitslast und enorme volkswirtschaftliche Kosten. Dennoch setzt die Politik bislang überwiegend auf freiwillige Maßnahmen – mit begrenzter Wirkung.

Wissenschaftliche Evidenz ist eindeutig - politisches Handeln bleibt aus

In internationalen Vergleichen fällt Deutschland zurück. Der **Nanny State Index (Bevormundungs-Index)** des Institute of Economic Affairs stuft **Deutschland seit Jahren als das EU-Land mit der geringsten staatlichen Regulierung** von Lebensstilen ein. Deutschland belegt regelmäßig den letzten Platz, was für Freiheit beim Konsum von Alkohol, Tabak, E-Zigaretten und Lebensmitteln steht. Die **Ergebnisse** des jüngsten „**Public Health Index**“ des **AOK-Bundesverbands und des Deutschen Krebsforschungszentrums bestätigen diesen Befund**.

Aktuelle wissenschaftliche Befunde unterstreichen den Handlungsdruck. Erst kürzlich stellte die **Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina** in einem Policy Brief klar: **Adipositas ist keine individuelle Verhaltensschwäche**. Sie entsteht unter gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und verlangt daher politische Maßnahmen.

WHO-Empfehlungen liegen vor - Deutschland setzt sie nicht um

Während die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verbindliche Strategien empfiehlt, setzt Deutschland weiterhin auf freiwillige Vereinbarungen – ein Ansatz, der sich bislang als weitgehend wirkungslos erwiesen hat. Die Allianz fordert insbesondere die **systematische und konsequente Umsetzung** der **WHO-Empfehlungen** ("Best Buys"), in denen Deutschland aktuell unzureichend handelt.

Drei Hebel für einen politischen Richtungswechsel

Die Allianz fordert deshalb einen klaren politischen Richtungswechsel und benennt drei zentrale Handlungsfelder:

- **Prävention als staatliche Pflicht verankern:** Gesundheitsschutz muss gesetzlich verbindlich geregelt und ressortübergreifend umgesetzt werden.

- **Wirksame Unterstützung durch Regulierungen statt freiwilliger Selbstverpflichtungen:** Die konsequente Umsetzung der WHO-„Best Buys“ darf nicht länger aufgeschoben werden.
- **Wissenschaft schneller in Politik überführen:** Evidenzbasierte Erkenntnisse müssen zeitnah in verbindliche gesetzliche Rahmenbedingungen münden.

Ohne klare gesetzliche Leitplanken wird es keine nachhaltige Trendwende geben. Angesichts der demografischen Entwicklung, steigender Krankheitskosten, wachsender sozialer Ungleichheiten und stagnierender Wirtschaft ist weiteres Zögern fahrlässig. **Prävention darf kein optionales Zusatzangebot bleiben – sie ist ein zentraler Hebel für die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft und Wirtschaft in Deutschland.**

Konkrete politische Maßnahmen und Stimmen aus der Allianz

Statements beteiligter Organisationen (Auswahl):

Dr. Martina Kloepper und Udo Schauder, Vorstandsvorsitzende des Im Puls. Think Tank Herz-Kreislauf e.V.: *„Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind mit 40 Prozent aller Sterbefälle die Todesursache Nummer Eins in Deutschland. Wir können es uns gesellschaftlich und wirtschaftlich nicht länger leisten, nur ein Reparatursystem zu finanzieren. Prävention ist kein Luxus, sondern die Voraussetzung für ein stabiles Gesundheitssystem. Nicht aus Fürsorge allein – sondern aus Verantwortung gegenüber kommenden Generationen, der Wirtschaftskraft unseres Landes und der gesellschaftlichen Stabilität. Wir brauchen eine nationale Strategie für Prävention und Gesundheitsförderung, die diesen Namen verdient.“*

Oliver Huizinga, Abteilungsleiter Prävention, AOK-Bundesverband:

„Vier von zehn Todesfällen in Deutschland sind auf Tabak, schlechte Ernährung, Alkohol und Bewegungsmangel zurückzuführen. Es ist millionenfach vermeidbares Leid und eine milliarden schwere Last für unsere Volkswirtschaft. Im Januar sind gute Vorsätze weit verbreitet. Es fällt vielen aber schwer, diese dauerhaft umzusetzen. Unsere Alltagsbedingungen erschweren es. Die Lebensmittelwerbung zeigt fast nur Ungesundes, die Kennzeichnung ist unverständlich. Alkohol ist omnipräsent und so erschwinglich wie sonst nirgends in Europa. Selbst Nikotin erlebt durch bunte Vapes mit süßen Aromen ein Comeback. Unsere Umgebungen beeinflussen uns stark. Die WHO sagt deshalb: ‚Make the healthy choice the easier choice‘. Das muss zum Leitbild der Präventionspolitik werden.“

Prof. Dr. Georg Ertl, Generalsekretär, Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM): *„Als Internistinnen und Internisten sehen wir täglich die Folgen der beeinflussbaren Risikofaktoren Adipositas und Rauchen. Wir fordern daher höhere Steuern auf Tabak, klare Kennzeichnungen auf Lebensmittelverpackungen und den Schutz von Kindern vor schädlicher Werbung und ein Verbot gesundheitsschädlicher Aroma-Stoffe in Vape-Produkten. Deutschland darf bei der Umsetzung dieser Public-Health-Standards nicht länger das Schlusslicht in Europa sein.“*

Niklas Oppenrieder, Vorstand PAN DACH (Physicians Association for Nutrition): *„Unsere Ernährung ist das Fundament unserer Gesundheit. Damit gesunde Entscheidungen leichter fallen, braucht es klare Strukturen, die gesundes Essen überall zugänglich und attraktiv machen – in Supermärkten, Schulen, Krankenhäusern und Kantinen. Die international anerkannten Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) weisen den Weg dorthin. Wenn der Staat*

die Gesundheit seiner Bevölkerung ernst nimmt, sollte ihre Umsetzung der Standard sein. Wir fordern, dass gesundes Essen für alle zur einfachsten Wahl wird. Eine gesunde, pflanzenbetonte Ernährung stärkt dabei nicht nur die Gesundheit von Millionen Menschen, sondern schützt zugleich unseren Planeten.“

Die zentralen Forderungen des Bündnisses im Überblick:

- **Tabakkontrolle:** Umfassende Werbeverbote, Steuererhöhungen und konsequenter Schutz vor Passivrauchen.
- **Gesunde Ernährung:** Verbindliche Kennzeichnungen, Schutz von Kindern vor Marketing und Ausrichtung der öffentlichen Verpflegung an Gesundheitskriterien.
- **Alkoholpolitik:** Beschränkung der Verfügbarkeit und Erhöhung der Verbrauchsteuern.
- **Luftqualität:** Systematisches Monitoring und Etablierung der Luftreinheit als zentrales Public-Health-Thema.
- **Bewegungsförderung:** Systematische Gestaltung von Infrastrukturen und Lebensräumen zur Förderung körperlicher Aktivität

Die Allianz betont, dass eine mutige Präventionspolitik nicht nur Leben schützt, sondern Deutschland als Wirtschaftsstandort durch eine gesündere und produktivere Belegschaft stärkt. Präventionspolitik ist somit auf unterschiedlichsten Ebenen – von Wirtschaftspolitik, über Sozialpolitik, über Arbeitspolitik, über Gesundheitspolitik – zukunftsweisend, wenn das Bestreben individuelle Gesundheit, demokratische Stabilität und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist.

Korrespondierender Kontakt:

Im Puls. Think Tank Herz-Kreislauf e.V.

Sophia Wagner – Leitung der Geschäftsstelle

E-Mail: sophia.wagner@ix-politik.de

Über die Partner: Die Allianz vereint führende Akteure aus dem Gesundheitswesen, die sich gemeinsam für eine evidenzbasierte und präventionsorientierte Gesundheitspolitik einsetzen.

Unterstützende Organisationen (Partner-Allianz):

Der Appell an die deutsche Bundesregierung wird von einer breiten Allianz getragen:

Institutionen & Verbände:

- AOK-Bundesverband (AOK-BV)
- BKK Dachverband (BKK DV)
- BAHN-BKK
- Bundesärztekammer (BÄK)
- Bundeszahnärztekammer (BZÄK)
- Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin (DGIM)
- Deutsche Allianz Nichtübertragbare Krankheiten (DANK)
- Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte e.V. (VDBW)
- Deutsche Gesellschaft für Integrierte Versorgung im Gesundheitswesen e. V. (DGIV)

Wissenschaft & Think Tanks:

- Im Puls. Think Tank Herz-Kreislauf e.V.
- WifOR Institute
- Institut für Gesundheitssystementwicklung
- Institut für Gendergesundheit e.V.
- Kanzlei für Gesundheitsrecht
- Physicians Association for Nutrition (PAN DACH)

Stiftungen:

- Bundesstiftung Prävention und Gesundheit (Initiative)
- Stiftung Kindergesundheit
- Assmann Stiftung für Prävention
- Deutsche Stiftung für chronisch Kranke

Wirtschaft & Versorgung:

- Doctolib
- Abbott
- Chiesi
- Daiichi-Sankyo
- Linda Apotheken
- MVDA (Apotheken-Kooperation)

Gesellschaft & Initiativen:

- Gesundheitsstadt Berlin
- Grill Ninjas
- LUGS (SDG-Magazin für Kinder)
- Gut zum Herz
- Herzschwäche Deutschland e.V.
- Viversus
- Caleidoo.

Dieser Appell an die deutsche Bundesregierung wird unterstützt von:



Verband Deutscher Betriebs- und Werksärzte e.V.
Berufsverband Deutscher Arbeitsmediziner

BUNDESSTIFTUNG
PRÄVENTION UND GESUNDHEIT



DNGfK Deutsches Netz
Gesundheitsfördernder Krankenhäuser
und Gesundheitseinrichtungen e.V.



HERZSCHWÄCHE
DEUTSCHLAND e.V.

